

Frankreich nach den Regionalwahlen

Nach Schlappe von Sarkozys UMP scheint Regierungsumbildung unausweichlich

VON DANNY LEDER, PARIS

Frankreichs Linksopposition errang in der gestrigen zweiten Runde der Regionalwahlen einen Rekordsieg. Die verbündete Linke (SP, Grüne und die fundamentalsozialistische „Linksfront“) kam laut ersten Hochrechnungen auf 54 bis 56 Prozent der Stimmen. Sarkozys bürgerliche Sammel- und Regierungspartei UMP erhielt 36 bis 37 Prozent und konnte nur eine einzige von insgesamt 22 europäischen Regionen Frankreichs bewahren. Einziges Trostpflaster für die UMP: ihr Sieg in der Übersee-Insel Reunion (östlich von Madagaskar), wo die Linke gespalten antrat.

Wie kann Nicolas Sarkozy diese Schlappe überbrücken? Der Staatschef hatte zwar versucht im Vorfeld des gestrigen Urnengangs seine Bedeutung kleinzureden („Regionalwahlen haben nur regionale Bedeutung“), dagegen spricht aber die landesweite Dimension dieser Wahlen und das Ausmaß der Abfuhr für das bürgerliche Regierungslager.

Immerhin hatten 11 Regierungsmitglieder kandidiert. Das Enthüllermagazin „*Canard enchainé*“ berichtete, Sarkozy habe auf einer Ministerratssitzung gedroht: „Ich sehe und merke mir alles. Die Regierungsmitglieder, die sich in den Kampf geworfen und tapfer zugepackt haben, brauchen sich nicht zu fürchten.“ Ihr Verbleib in der Regierung sei gesichert. „Aber einige Minister, die sich für die Kampagne zu fein waren, diese Schönredner und Wichtigtuer, können ihre Sachen packen“.

Gemeint war unter anderen Außenminister Bernard Kouchner. Der vormalige SP-Politiker war von Sarkozy ursprünglich als eine Art Trophäe den Sozialisten entrissen worden. In der Regierung war der Überläufer Kouchner, trotz seiner peinlichen Ergebenheit, aber von Sarkozy oft gedemütigt worden. Den jetzigen Wahlen hatte sich Kouchner durch eine private Auslandsreise entzogen.

Die mögliche Entlassung von Kouchner wäre auch ein Zugeständnis an einen Teil der UMP-Politiker. Diese ärgerten sich darüber, dass Sarkozy mehrfach Persönlichkeiten aus den Reihen der Opposition für wichtige Ämter nominierte.

Der Verzicht auf diese „Politik der Öffnung“ würde aber die Strategie von Sarkozy für seine Wiederwahl bei den Präsidentenwahlen 2012 gefährden.

Noch heikler ist der Umgang mit Premier Francois Fillon, der schon heute, Montag, dem Staatschef seine Demission anbieten dürfte. Erwartet wird, dass Sarkozy dieses Ansuchen ablehnt, den Premier aber mit der Regierungsumbildung beauftragt.

Sarkozy würde ja gerne Fillon, der ihn bei Popularitätsumfragen deutlich übertrifft, loswerden. Eine Demission von Fillon käme aber dem Eingeständnis eines Scheiterns der Gesamtpolitik von Sarkozy gleich. Außerdem könnte sich Fillon zu einem Rivalen für die Präsidentenwahlen mausern.

Die siegreiche Linksoption hofft ihrerseits, die Weichen für eine Revanche bei den Präsidentenwahlen gestellt zu haben. Die Linke steht aber vor zwei Hürden: erstens müsste sich die SP halbwegs manierlich auf einen Kandidaten einigen. Derzeit wetteifert die Parteivorsitzende Martine Aubry mit der ehemaligen Präsidentschaftskandidatin Ségolène Royal und dem Vorsitzenden des Weltwährungsfonds, Dominique Strauss-Kahn. Zweitens müsste sich das Bündnis zwischen der SP und den erstarkten Grünen als nachhaltig erweisen.

Aber all diese Taktik könnte durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise und die damit einhergehende Verdrossenheit der Franzosen gegenüber den Politeliten aller Schattierungen noch über den Haufen geworfen werden. Die gestrige Wahlenthaltung in Rekordhöhe ist ein Warnsignal.